In Genf verweisen Experten auf die Rekrutierung von Kindersoldaten in den Lagern Tinduf, ein „schwerwiegender Verstoß den Menschenrechten entgegen“

Genf–Experten und Menschenrechtsaktivisten haben am Montag, dem 16. September 2024 in Genf die Rekrutierung von Kindersoldaten in den bewehrten Konflikten auf der ganzen Welt, im vorliegenden Falle in den Lagern Tinduf, an den Pranger gestellt und diese Praxis als schwerwiegenden Verstoß und als schwerwiegenden Hindernis dem Frieden und der Entwicklung entgegen benannt.

Während eines vonseiten der NGO „Unabhängige Kommission für Menschenrechte-Afrika„ (IACHR) am Rande der 57. Tagung des Menschenrechtsrats veranstaltete Panels lag der Schwerpunkt auf den Herausforderungen, die dem Recht auf Entwicklung in bestimmten Regionen der Welt im Wege stehen, im vorliegenden Falle lag der Schwerpunkt auf das Phänomen der Zwangsrekrutierung von Kindersoldaten Kindern auf Betreiben von bewehrten Milizen, was zutiefst besorgniserregend ist.

Zu diesem Thema enthüllte der Präsident des Internationalen Forschungszentrums zur Vorbeugung von Kindersoldaten, Herr Abdelkader FILALI, die Schlussfolgerungen des jüngsten Berichts dieser NGO über Kindersoldaten, welcher das Ergebnis einer Feldmission ist, die der marokkanische Experte in mehreren Rekrutierungslagern für Kindersoldaten auf der ganzen Welt führte, im vorliegenden Falle in der Sahelzone, in Kolumbien und in Kasachstan.

Er dokumentierte das Schicksal von Kindern, die innerhalb bewehrter Gruppen angeworben worden

sind, bevor sie Konfliktgebieten wie dem Sudan und dem Jemen entflohen, sowie ihre in die Länge gezogene und gefährliche Reise nach Europa, zwecks dessen Asyl beantragen zu dürfen.

In diesem Bericht blickt das Zentrum auf die Möglichkeiten zurück, gegen die Rekrutierung von Kindersoldaten angehen zu dürfen, die positiven Auswirkungen bestimmter Süd-Süd-Kooperationsprojekte wie der Atlantischen Initiative für die Sahelstaaten klar herausstellend.

„Das kann verhindern, dass die Sahelzone das düstere Schicksal bestimmter Konfliktgebiete wie Kolumbien erleidet“, warnte er davor, betonend, dass die Erfahrung der Atlantischen Initiative zu Gunsten von der Sahelzone über Afrika hinaus überdies anderen Regionen als Muster dienen dürfte.

Der spanische Menschenrechtsaktivist, Herr Pedro Ignacio ALTAMIRANO, in seiner Eigenschaft als Präsident der Stiftung Altamirano, konzentrierte sich seinerseits auf die Situation in den Lagern Tinduf, die Verbrechen an Kindersoldaten unter Beschuss nehmend, die in die Reihen der Milizen der Front Polisario angeworben und ihres Grundrechts auf Sicherheit, auf Bildung und sogar auf Leben beraubt werden.

Angesichts einer solchen Situation warf der spanische Aktivist die Frage auf, wie man vom Recht auf Entwicklung sprechen dürfte, wenn die Führung der Separatisten, die die sahrauische Population als Geiseln nehmen, weder Frieden noch Stabilität im Sinn habe.

Der Präsident des unabhängigen Menschenrechtsnetzwerks in Genf, Herr Lahcen NAJI,

der die Debatte dieser Begegnung moderierte, das unter dem Thema „Das Recht auf Entwicklung in Afrika und in dem Nahen Osten“ stand, stellte seinerseits fest, dass die innerhalb mehrerer Regionen der Welt wütenden Konflikte ein Hindernis für den Zugang zum Recht auf Entwicklung darstellten, im vorliegenden Falle in Afrika.

Ihm zufolge stehe die Instabilität in der Sahara und in der Sahelzone, wo Terrororganisationen und separatistische Gruppen operieren und wo Rechtsstaatlichkeit und Demokratie darum kämpfen, sich festverwurzelt etablieren zu dürfen, dem Recht der Population auf Gesundheit und auf sozioökonomische Entwicklung im Wege.

Der Präsident der Nichtregierungsorganisation „Maat für Frieden, für Entwicklung und für Menschenrechte“, Herr Ayman OKAILE, hob die Herausforderungen hervor, denen die Umsetzung des Rechts auf Entwicklung in der arabischen Welt und in Afrika gegenübersteht, vor allem Armut, bewehrte Konflikte, Klimawandel, Bevölkerungsboom und unzureichende Entwicklungsfinanzierung benennend.

Die Eskalation der Konflikte in der arabischen Region unterminiere die Anstrengungen zur Umsetzung des Rechts auf Entwicklung zunehmend, sagte er, anführend, dass Konflikte die Staaten in der Region vom Jahrgang 2011 bis zum Jahrgang 2018 mehr als 900 Milliarden US-Dollar gekostet haben, im vorliegenden Falle in Libyen, in Syrien, im Irak, im Jemen und in Palästina, sich gleichzeitig negativ auf die Anrainerstaaten auswirkend.

In Afrika stellt die Sicherheitsinstabilität ein großes Hindernis für den Zugang zum Recht auf Entwicklung

dar, wobei der Kontinent in 10 Staaten zunehmende Instabilität und Konflikte erleben würde, fuhr er fort, zum Schluss feststellend, dass 19 der 37 fragilsten Staaten in Afrika südlich der Sahara liegen.

Quellen:

http://www.corcas.com

http://www.sahara-online.net

http://www.sahara-culture.com

http://www.sahara-villes.com

http://www.sahara-developpement.com

http://www.sahara-social.com